

Bezirksamtsvorlage Nr. **454 / 2024**
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem **09.01.2024**

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 1103/VI, Beschluss vom 16.11.2023 betrifft:

Jüdische Kinder sicher zur Schule bringen

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Fritz

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Jüdische Kinder sicher zur Schule bringen“ als Zwischenbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Schule und Sport beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Aufgrund des Konfliktes zwischen Israel und der Hamas sind jüdische Bürgerinnen und Bürger in Mitte vor möglichen Angriffen zu schützen.

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

10. Mitzeichnung(en):

keine

A handwritten signature in green ink, consisting of a large, stylized 'R' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.

Bezirksstadtrat Fritz

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

Jüdische Kinder sicher zur Schule bringen

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.11.2023 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 1103/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dafür einzusetzen, dass die Jüdische Gemeinde dabei unterstützt wird, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen sicheren Schulweg zu realisieren. Diese sollen der aktuellen und andauernden Gefährdungslage Rechnung tragen. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, wie der Schulbusverkehr der Gemeinde finanziell und logistisch zu unterstützen ist.

Das Bezirksamt hat am 09.01.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Zwischenbericht zur Kenntnis zu bringen:

Dem Bezirksamt ist der Schutz von jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Bezirk sehr wichtig. Seit dem Angriffskrieg der Hamas auf Israel hat das Bezirksamt durch verschiedene Handlungen seine Solidarität zum Ausdruck gebracht.

Daher hat das Bezirksamt das obige Ersuchen der Bezirksverordnetenversammlung zum Anlass genommen, die für Bildung, Jugend und Familie zuständige Senatsverwaltung mit dem in der Anlage 1 beigefügten Schreiben vom 03.01.2024 um eine aktuelle Bewertung des Ersuchens zu bitten in der Hoffnung auf diesem Wege die benötigten Gelder für die jüdische Gemeinde in Mitte zu erhalten.

Das Schulamt nimmt die anhaltende Gefährdungslage sehr ernst und befindet sich in einem regelmäßigen Austausch mit der bezirklichen Schulaufsicht, um über die Lage an den bezirklichen Schulen dauerhaft informiert zu sein.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

Berlin, den 03.01.2024

Bezirksbürgermeisterin Remlinger



Bezirksstadtrat Fritz



Bezirksamt Mitte von Berlin, 13341 Berlin (Postanschrift)
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
Familie
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)
SchuSpo L
Herr Fritz

Tel. +49 30 9018-26500
benjamin.fritz@ba-mitte.berlin.de
elektronische Zugangsöffnung
gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Dienstgebäude: Bezirksamt Mitte
Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Zimmer: 340

03.01.2024

**Beschluss der
Bezirksverordnetenversammlung Mitte
(DS1103/VI): Jüdische Kinder sicher zur
Schule bringen**

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Henke,

die Bezirksverordnetenversammlung Mitte hat in Ihrer Sitzung am 16.11.2023 den als Anlage beigefügten Beschluss zur Drucksache 1103/VI gefasst. Darin wird das Bezirksamt Mitte ersucht, sich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dafür einzusetzen, dass die Jüdische Gemeinde dabei unterstützt wird, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen sicheren Schulweg zu realisieren. Diese sollen der aktuellen und andauernden Gefährdungslage Rechnung tragen. Hierbei soll insbesondere geprüft werden, wie der Schulbusverkehr der Gemeinde (in Mitte) finanziell und logistisch zu unterstützen ist.

Dem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte folgend möchte ich Sie bitten, in Ihrem Haus eine aktuelle Bewertung dazu vornehmen zu lassen, ob die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Maßnahmen ergreifen kann, um die Schulwegsicherheit für die jüdischen Kinder zu unterstützen und ob insbesondere die Möglichkeit besteht, ob ein Schulbusverkehr für die Gemeinde finanziell und logistisch durch die Senatsverwaltung unterstützt werden kann.

Ich bedanke mich vorab für Ihre Prüfung und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen,

Benjamin Fritz

Dienstgebäude
Bezirksamt Mitte
Karl-Marx-Allee 31
10178 Berlin
(barrierefrei)

Verkehrsverbindungen
Bahn: U5 Bhf. Schillingstraße
Tram: M5, M6 und M8 (Büschingstr.)

Bankverbindungen:
IBAN: DE42 1001 0010 0650 5301 02
BIC: PBNKDEFFXXX Postbank Berlin
IBAN: DE75 1005 0000 0063 6080 06
BIC: BELADEBEXXX Sparkasse Berlin

Elektronische Zugangsöffnung gem.
§ 3a Abs. 1 VwVfG
zentral: post@ba-mitte.berlin.de
Twitter/Instagram: @ba_mitte_berlin
Facebook: @BAMitteBerlin YouTube: BA Mitte